

7.6.2005

# Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



ZUR GEPLANTEN VERFASSUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

## Annahme oder Scheitern – eine Schicksalsfrage?



Nun haben die Franzosen und dann auch noch die Niederländer mehrheitlich mit Nein gestimmt, und Hektik und Nervosität brechen hierzulande aus. Schließlich ist Frankreich nicht irgendein Staat in der Europäischen Union, sondern mit Deutschland die treibende Achse dieser Union. Und die Niederlande sind einer der 6 Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft. „Historische Entscheidung stürzt Europa in tiefe Krise“ schreibt z.B. die SZ vom 30.5. Der deutsche EU-Industriekommissar Verheugen hält den Ausgang des französischen Referendums für „einen schweren Schlag für Europa“ (ebenda). Der noch amtierende Kanzler versuchte uns und den Franzosen die EU noch vor kurzem als größtes Friedensprojekt Europas schmackhaft zu machen – sein Zusatz „ohne Alternative“ klang schon eher drohend. „Die Zeit“ stellte bereits Anfang 2002 fest: „Wenn man so will, war eben nicht nur die Währungsunion, sondern ist auch die europäische Verfassung letztendlich eine Frage von Krieg und Frieden - um Helmut Kohl zu zitieren ...“ (28.2.02)

### Was hat es auf sich mit dieser Verfassung?

Zunächst ist sie nichts anderes als ein Vertrag, der die bisherigen Verträge aller beteiligten Staaten der EU ersetzen soll. Wie jeder Vertrag ist sie ein Ausdruck des aktuellen Kräfteverhältnisses zwischen den Beteiligten. Das kennen wir aus Erfahrung: je stärker die Arbeiterbewegung, um so mehr Chancen hat sie, Tarifverträge zum eigenen Nutzen zu erzwingen. Die stärkste Macht innerhalb der EU ist die BRD: Sie hat seit Einverleibung der DDR die größte Bevölkerungsanzahl, das höchste Bruttosozialprodukt. Sie stellt den höchsten Anteil an ausländischen Direktinvestitionen innerhalb der EU, also in der Regel Beteiligungen deutscher Banken und Konzerne an Konzernen und Banken in den anderen EU-Staaten bzw. deren Übernahme, schon gar seit der Osterweiterung. Sie beheimatet im Vergleich zu allen anderen EU-Staaten die meisten Monopole,

Fortsetzung auf Seite 8

## MAN NUTZFAHRZEUGE

### So nicht, Hakan!

„MAN-Arbeiter, zieht euch warm an! Denn euer ab morgen amtierender Konzern-Chef Hakan Samuelsson wird euch noch härter anfassen als sein Vorgänger Rudolf Rupprecht.“<sup>1</sup> Und so kündigte Samuelsson auch seine Marschroute zum Gefallen der Aktienbesitzer an. Mit längeren Arbeitszeiten bei gleichen Löhnen könne man Kostennachteile rasch wettmachen. Die Arbeitskosten liegen um 20 Prozent höher als bei der Konkurrenz wie Scania oder Renault/Volvo, verkündet Samuelsson und sein gelehriger Schüler Weinmann.

Verwunderlich sind allerdings die Zahlen. Der Umsatz der MAN-Gruppe lag im

1. Quartal (Januar bis März) 2005 um 11 Prozent höher als im Vergleichsquarter 2004, das sogenannte Operative Ergebnis um 66 Prozent höher. Im Bereich Nutzfahrzeuge verdoppelte sich dieses Ergebnis fast, von 32 Millionen auf 62 Millionen.

Und trotz der um 20 Prozent höheren Arbeitskosten in Deutschland stammt das „Wachstum des Geschäftsvolumens ... ausschließlich aus dem Auslandsgeschäft.“<sup>2</sup> Standortnachteile? Offensichtlich nein. Die Aktien-Analysten der SEB („more than a bank“) empfehlen sogleich den Kauf der Aktie, denn „MAN hebe sich mit sei-

Fortsetzung auf Seite 2

Warnstreiks in der Druckindustrie und bei den Verlagen ..... 2

BSH: „Wer die Fertigung dicht macht, ist nicht ganz sauber“ .... 3

Mit Müntefering oder Marx gegen den Kapitalismus ..... 4

WARNSTREIKS IN DER DRUCKINDUSTRIE UND BEI VERLAGEN

## Verteidigung der 35-Stunden-Woche

600 Kolleginnen und Kollegen aus 9 bestreikten Betrieben fanden sich bei einer gemeinsamen Streikversammlung im Münchner Augustiner zusammen. Trotz zum Teil massiven Erpressungs- und Einschüchterungsversuchen durch Geschäftsleitungen, der Androhung von arbeitsrechtlichen Abmahnungen und persönlichen Angriffen folgten die Belegschaften dem Warnstreikaufruf von verdi. Neben den Kollegen aus der Zeitungsdruckerei in Steinhausen beteiligten sich auch 120 Angestellte des Süddeutschen Verlags. Die

Angestellten im Tarifbereich Zeitschriftenverlage protestierten deshalb, weil es seit zwei Jahren keinen Tarifabschluss für sie gibt - es sei denn sie würden massive Verschlechterungen im Manteltarifvertrag hinnehmen. Zum ersten Mal kam es zu einer gemeinsamen Aktion zwischen Buch-, Zeitschriften- und Zeitungverlagen. Die Unternehmer fordern u.a. die Verlängerung der Arbeitszeit um 5 unbezahlte Stunden pro Woche, Entfall des Urlaubsgelds, finanzielle Einbußen von ca. 30 Prozent und Öffnungsklauseln, die den Tarifvertrag zur

Makulatur machen würden.

Doch die Entschlossenheit vor allem bei den Druckern ist groß: „Wir haben uns nicht mehr und nicht weniger auf die Fahnen geschrieben, als unsere Tarifverträge, unsere Arbeitszeit, unsere Entlohnungsbedingungen auf Teufel komm raus zu verteidigen. Wir wollen das Arbeitgeberdiktat der unbezahlten Arbeitszeitverlängerungen brechen. Wir wollen damit auch mithelfen, dort wo Belegschaften und die Organisation zu Arbeitszeitverlängerungen erpresst wurden, neue Ansatzpunkte zu schaffen, um zur 35-Stunden-Woche zurückzukehren und die Diskussion über neue Arbeitszeitverkürzungen wieder anzuschließen. Wir wollen gegen den neoliberalen Strom schwimmen und nicht mit ihm untergehen.“ So Jürgen Emmenegger, der Fachbereichsvorsitzende des Fachbereichs 8 von verdi.

Schon am 12.5. trafen sich rund 1.000 Kolleginnen und Kollegen am Stachus aus Druckindustrie, Papierverarbeitung und Öffentlichem Dienst (Land Bayern) zu einer gemeinsamen Streikaktion - endlich führte die organisatorische Einheit in verdi auch zu gemeinsamer Tat! Auch dort herrschte eine kämpferische Stimmung.

Die Vertreter der Streikenden aus Druckereien, Verlagen, Hochschulen, Kliniken, Landes- und Justizbehörden, Papierindustrie und Theatern kamen zu Wort und griffen die Unternehmer sowie Stoiber an. Gegen die 42-Stunden-Woche waren die Landesbeschäftigten im Streik, die ihre schwarzen Luftballons platzen ließen. Jeder Luftballon stand für einen Arbeitsplatz, der durch die Arbeitszeitverlängerung vernichtet würde.

Die Streiks gehen weiter. Fast täglich wird irgendwo in der BRD eine Zeitung bestreikt. Überall sind die Beschäftigten entschlossen, Widerstand zu leisten, auch wenn es eine längere Auseinandersetzung wird. *Gwendolin*

INFINEON

## Belegschaft zu laut?

Rund 100 „stumme“ Beschäftigte empfangen am 3.5. die Betriebsleitung, die für ein Informationsgespräch zum Betriebsrat kam. Stumm waren sie auf besonderen Wunsch der Betriebsleitung; nach der letzten Aktion, der Besetzung des Besprechungszimmers, hatte sie den Betriebsrat aufgefordert, besser für ihre Sicherheit zu sorgen - das „massive und laute“ Auftreten der Beschäftigten habe die Verhandlungsgruppe sehr beängstigt.

Physisch beängstigen wollen die Beschäftigten natürlich niemanden, wenngleich sie selbst durchaus Angst um ihre Existenz haben müssen. Daher bildeten sie nur ein stilles Spalier, durch das die Ver-

handler der Betriebsleitung gehen mussten. Vor sich hielten sie dabei Bilder von ihren Kindern mit der Überschrift „Wir brauchen auch eine Zukunft“, den Mund hatten sich die Kolleginnen und Kollegen mit Klebestreifen zugeklebt. Die Gespräche selbst wurden nach kurzer Zeit wieder abgebrochen, da der Betriebsrat zurzeit die vertrauensvolle Zusammenarbeit gestört sieht.

Auch in Zukunft jedoch, soviel ist nach Überzeugung der Belegschaft und des Betriebsrats klar, wollen sie ihre Forderung nach dem Erhalt ihrer Arbeitsplätze artikulieren - nicht leise, sondern laut und unüberhörbar. *(Quelle: infineon-dialog)*



Fortsetzung von Seite 1

MAN NUTZFAHRZEUGE

### So nicht, Hakan!

nen ungebrochenen Wachstumskurs weiterhin von der Konkurrenz positiv ab. Die Aktie bleibe der Sektor-Favorit.“

Auch wenn es in den letzten Wochen keine - oder allenfalls geheime - Gespräche zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung über eine Erhöhung der Arbeitszeit gab, vom Tisch ist das Thema nicht. Samuelsson will die Kapitalrendite bis 2007 von jetzt 12,6 Prozent auf dann 18 Prozent steigern. Mit Umsatzwachstum wird das nicht gehen. „Wenn es um grundsätzliche Änderungen geht, ist der Schwede nicht zimperlich.“<sup>3</sup> Wir sollten ihm zeigen, dass auch wir nicht zimperlich sind, wenn es um die Verteidigung unserer grundsätzlichen Errungenschaften geht.

rw

1 Die Welt, 31.12.2004  
2 Pressedienst MAN Gruppe, 10.5.2005  
3 Financial Times Deutschland, 9.1.2005

**AufDraht**

Herausgeber:  
DKP München und  
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung  
München

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:  
Hans Koller, Lothringer Str. 6,  
81667 München, Telefon 44 8 2 2 7 1  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag  
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de



## BOSCH SIEMENS HAUSGERÄTE

# „Wer die Fertigung dicht macht, ist nicht ganz sauber.“

■ Geschäftsführung und Aufsichtsrat von Bosch Siemens Hausgeräte haben die Schließung des Waschmaschinenwerks Berlin/Spandau (700 Beschäftigte) beschlossen. Ein Teil der Fertigung geht ins Werk Nauen (tariflos), bei Moskau wird ein neues Werk gebaut. Lediglich die Entwicklungsabteilung mit rund 300 Mitarbeitern soll am Standort bleiben. Es steht allerdings zu befürchten, dass ohne Produktion mittelfristig auch die Entwicklung in Berlin stillgelegt werden wird.

Nach mehreren Protestaktionen in Berlin, einer solidarischen Aktion in Dillin-

gen und einer seit dem 12.5. laufenden Unterschriftenaktion des Gesamtbetriebsrats rief die IG Metall für den 31. 5 zu einer

zentralen Kundgebung in München auf. Kollegen des Infineon-Werks in Perlach beteiligten sich solidarisch. *krm*

### Zentrale Aktion in München

Rund 1.000 Siemens Mitarbeiter und davon mehr als 500 Beschäftigte des Hausgeräte Herstellers Bosch Siemens, die aus Berlin angereist waren, haben am 31.5. vor der Münchner Firmenzentrale gegen die drohende Schließung des Waschmaschinenwerks in Berlin demonstriert. Sie forderten die Geschäftsführung auf, das Werk zu erhalten. Sie fürchten bei einer Schließung den drohenden Verlust von mindestens 700 Arbeitsplätzen.

Der Umsatz wurde im letzten Jahr um 9 Prozent gesteigert. Aber Bosch Siemens Hausgeräte wollen höhere Preise durchsetzen. Die Bilanzpressekonferenz war kurzfristig abgesagt worden - nach Ansicht der IG Metall wegen der angesagten Proteste. *krm*

Im September 1944 verlegte die SS auf Anforderung der Agfa-Kamera-Werke 500 Frauen aus dem KZ Ravensbrück nach München. Sie sollten in dem der IG Farbenindustrie gehörenden Werk Teile für V-Waffen („Vergeltungswaffen“) und Zünder herstellen. Später trafen noch weitere Gefang-

### Sklavenarbeit bei Agfa und BMW

enentransporte ein. Als Unterkunft diente der Rohbau eines Wohnblocks in Giesing. Die Gefangenen, zumeist Holländerinnen und Polinnen, lebten ständig in Angst vor Luftangriffen, weil sie keine Schutzräume aufsuchen

durften. Als sich im Januar 1945 die Verpflegung verschlechterte, legten die Holländerinnen die Arbeit nieder, obwohl dies als Sabotage mit dem Tode bestraft werden konnte. Am 1. Mai 1945 befreiten alliierte Soldaten die Frauen in der Nähe

Fortsetzung Seite 7



## Mün-te oder Marx?

Die Bundesregierung (egal, ob die alte oder neue, SPD und CDU/CSU sind sich hier einig) will die **Erbschaftssteuer** auf Betriebsvermögen ändern, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Firmeninhaber, die einen Betrieb nach einem Erbfall oder einer Schenkung mindestens 10 Jahre lang fortführen, sollen danach ganz von der Steuer befreit werden. Dabei ist kein Fall bekannt, bei dem ein Betrieb wegen der Erbschaftssteuer nicht fortgeführt werden konnte. Denn schon heute kann diese bis zu zehn Jahren zinslos gestundet werden.

Mit dieser Maßnahme stünde die BRD einzigartig da. In fast allen anderen kapitalistischen Ländern ist die Erbschaftssteuer weit höher, in den USA sogar durchschnittlich neunmal so viel (verdi Wirtschaftspolitik aktuell, Nr.12). Auf die Bundesländer kämen dadurch Millionen an Steuerverlusten zu. Und außerdem lädt das Gesetz geradezu zu Steuertricks ein: Reiche bräuchten nur möglichst viel Privatvermögen in Betriebsvermögen umzuwandeln (SZ 3.5.05). Dass die SPD auf ihrem Parteitag erst beschlossen hat, die Erbschaftssteuer für die Reichen zu erhöhen, scheint die Regierung nicht zu interessieren.

Die Schere zwischen reich und arm geht immer weiter auseinander, die Gewinne explodieren.

Die Reichen lieben den Kapitalismus, weil er den wenigen Menschen, die sehr viel Geld haben, zu noch mehr verhilft. Die Regierung unterstützt sie dabei. Die CDU/CSU ist aber keine Alternative: die Gesetzesinitiative geht auf einen Vorschlag des bayerischen Finanzministers Falihäuser zurück.

Jetzt hat „Müntes“ Heuschrecken-Schelte doch nichts genützt! Wo doch die SPD so unter dem Kapitalismus leidet! Oder hat Müntefering vorausschauend schon an die Oppositionszeit gedacht?

„Manche Finanzexperten verschwenden keinen Gedanken an die Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschrecken über die Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.“

„Ökonomie zielt - bestenfalls - indirekt auf das Sozialwesen Mensch, sie kalkuliert die Menschen zwar ein, aber nur in Funktionen: als Größe in der Produktion, als Verbraucher oder als Ware am Arbeitsmarkt. Diese abstrakte Logik schlägt sich konkret im Handeln von bestimmten Finanzunternehmen nieder: die international forcierten Profitmaximierungsstrategien gefährden auf Dauer unsere Demokratie. Es liegt im eigenen Interesse von Unternehmern - und davon gibt es noch sehr viele -, die sich für ihre Unternehmen, für ihre Arbeitnehmer und für den Standort mitverantwortlich fühlen und entsprechend handeln, diesen Entwicklungen gemeinsam mit uns entgegenzutreten.“ (Franz Müntefering)

Ludwig Stiegler, stellvertretender SPD-Fraktionschef im Bundestag, vereinfacht diese Aussage noch, damit es auch der letzte Stammtischbruder versteht: „Da gibt es welche, das sind Nutztiere, und es gibt auch welche, die sind Heuschrecken.“

Das gab einen Aufschrei - SPD-Chef Müntefering kritisiert den Kapitalismus!

Hört man Müntefering und Stiegler aber genau zu, kritisieren sie gar nicht alle Kapitalisten: nach ihnen gibt es liebe (Industrie-)Kapitalisten, die schaffen Arbeit, und es gibt böse (Spekulations-)Kapitalisten, die beuten aus und vernichten Arbeitsplätze. Und die lieben Kapitalisten sollen deshalb auch belohnt werden: z.B. Firmenerben, die den Betrieb weiterführen, soll die Erbschaftssteuer erlassen werden (s. Kasten).

Aber auch für alle andern Kapitalisten ist Schönes geplant: die Körperschaftssteuer, die für die großen Aktiengesellschaften und GmbHs (also die großen Konzerne) entscheidend ist, soll weiter von 25 Prozent auf 19 Prozent gesenkt werden. Das bedeutet 5,3 Milliarden Euro weniger Steuern ab 2006!

Auch in der Vergangenheit profitierten gerade die großen Finanzunternehmen mehr als alle andern von der Steuerpolitik der Regierung: sie dürfen seit der „größten Reform aller Zeiten“ (Schröder) im Jahr 2001 ihre milliarden schweren Beteiligungen steuerfrei verkaufen. Und das war die wichtigste Voraussetzung dafür, dass Finanzgesellschaften aller Art heute verstärkt einzelne Unternehmen aufkaufen und zerlegen. Mit der Steuerbefreiung fiel eine Bremse für Übernahmen.

Und die ausländischen Investoren, insbesondere sog. Private-Equity-Firmen, die wie „Heuschreckenschwärme“ über deutsche Firmen herfallen, sie aufkaufen, ausschachten und dann mit hohem Gewinn wieder abstoßen, werden ja von der Regierung selbst ins Land gelockt. (SZ 3.5.05). Das wird auch noch mit Millionen aus der Staatskasse unterstützt (Auf Draht berichtete). Auch die Regierung machte in der Vergangenheit gern Geschäfte mit ihnen; Müntefering selbst verscherbte Tank & Rast sowie Eisenbahnerwohnungen (Focus 9.5.05). Und sie hat mit dem Investment-Gesetz vom 15.12.2003 Hedge-Fonds in Deutschland erstmalig zugelassen. Statt das Gesetz nun zu streichen, fragt Eichel bei der Branche untertänig mit einem „Konsultationspapier“ an, wie sie es denn in Zukunft gern hätte. (FTD 29.4.05)

Die Kapitalismusschelte von Müntefering ist heuchlerisch, weil er es nicht ernst meint und nur Stimmung machen will, und die Taten der SPD-Regierung so ganz anders aussehen. Doch nicht nur das: Münte muss aufpassen, dass er nicht in die Nähe der Demagogie der Nazis kommt: die konstruierten den Gegensatz von schaffenden und raffendem Kapital, wobei sie mit letzterem ausländisches und vor allem jüdisches Bankkapital meinten – deutsches Kapital war natürlich lieb, mit dem wollten es sich die Nazis nicht verderben. Jüdisches Kapital meint „Münte“ natürlich nicht, das liegt ihm fern und soll ihm auch nicht unterstellt werden. Aber er begibt sich auf ein gefährliches Gleis. Denn seine Schelte gilt vor allem amerikanischen Investoren – als ob die deutschen menschenfreundlicher wären!



**Liebe Metall, muss das sein? Woher kommen die 6 Millionen Erwerbslosen?  
Wir sollten besser unsere Herren angreifen!**

### „Bereichert Euch!“

Laut einer Umfrage des Berliner „Tagespiegel“ haben die 30 im Deutschen Aktienindex (DAX) zusammengefassten wichtigsten deutschen Unternehmen im Jahr 2004 einen Nettogewinn von 35,7 Mrd. Euro oder doppelt soviel wie 2003 ausgewiesen. Gleichzeitig haben dieselben Firmen im Inland zusammen 35.000 Arbeitsplätze abgebaut.

Wenn gleichzeitig vermeldet wird, dass allein die vier Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank 25 Millionen Euro kassierten - der Chef Ackermann davon allein 10 Millionen - worin 21,5 Millionen als Prämie für die erfolgreiche „Verschlangung“, sprich Arbeitsplatzabbau, enthalten sind, so wird der Zusammenhang zwischen Profit und Entlassen in die Arbeitslosigkeit auch personell fassbar und erklärbar. (UZ 27.5.05)

Unser Korrespondent in London schickte uns folgenden **Kommentar** zum Thema „Heuschrecken“:

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie [Klasse der Besitzenden] über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation [Ausbeutung] des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

(Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848. Marx war viele Jahre in London, wo sein Hauptwerk „Das Kapital“ entstand.)

Fortsetzung von Seite 5

## **Münze oder Marx?**

Fortsetzung Seite 6

Wie „Heuschreckenschwärme“, die uns kahl fressen, verhalten sich alle Kapitalisten, denn sie existieren von unserer Arbeit und sorgen dafür, dass wir immer länger für immer weniger Geld arbeiten müssen. Löhne, von denen man nicht leben kann, sind für Millionen bereits Realität. Auch der patriarchalische Familieninhaber, der Tariflohn oder gar mehr zahlt, denkt zuerst an sich und sein Bankkonto. Die Firmeninhaber, die an Investmentgesellschaften verkaufen, tun dies ganz freiwillig und mit Aussicht auf viel Bares.

Dass das Geschäft mit in- und ausländischen Finanzinvestoren immer bedeutender wird, liegt daran, dass die Reichen und die Konzerne gar nicht mehr wissen, wohin mit ihren Gewinnen. Investitionen in neue Produktion erscheinen ihnen mit Recht als riskant im Zeichen der sinkenden Massenkaufkraft. Doch die haben sie selbst verursacht durch ihre elende Lohndrückerei. Oder die erwarteten Gewinne sind niedriger als die Gewinnmargen, die die Banken und Analysten erwarten. Alle Kapitalisten haben nur eins im Sinn: Profit machen. Am liebsten Maximalprofit und das heißt mindestens 25 Prozent Vorsteuerrendite. Das können sie nur auf unsre Kosten.

Gesetzliche Auflagen gegen Spekulation o.ä. könnten zwar einige Auswüchse des Kapitalismus beschneiden, aber die Gesetze des Kapitalismus können damit nicht ausgehebelt werden. Und die heißen nun mal: fressen oder gefressen werden. Bei Strafe des Untergangs muss der Kapitalist nach dem Höchstprofit streben. Eindämmen lässt sich dieses Streben nur durch unsern Kampf und nicht durch Mai-



Nicht nur auf dem Parteitag dreht die SPD der Solidarität den Rücken zu

reden und schon gar nicht durch Wahlen. Eine Union-FDP-Regierung wird mit neuem Eifer viel Phantasie aufwenden, wie den Kapitalisten das Geschäft noch mehr erleichtert wird. Es geht kein Weg daran

vorbei, Kolleginnen und Kollegen, dass nur eine kampfbewusste Gewerkschaftsbewegung dazu führen kann, dass die Unternehmer wieder Respekt vor uns haben und uns von dem von uns geschaffenen Reichtum mehr abgeben. *gwendolin*

Und in **München**: Auf einer Versammlung von Münchner Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall im Mai wurde festgestellt, dass seit 1990 38.000 Metallarbeitsplätze in München gestrichen worden sind. Aktuell sind 3.500 Kolleginnen und Kollegen bei Siemens und Tochterfirmen bedroht. Alleine durch die drohende Schließung der Infineon-Fertigung in Perlach sind 1.000 betroffen. Betriebsrat Rudi Steinberger erklärte, dass dies 5000 Familienangehörige trifft: „Das kann sich München nicht leisten!“ (SZ 14.5.05)

Wie deutsche Kapitalisten **Arbeitsplätze** vernichten:

- MAN will im Buswerk in Pilsting (Niederbayern) 87 Stellen streichen (FR 19.5.05)
- Bosch-Siemens Hausgeräte will in Berlin-Spandau 700 rausschmeißen. (UZ 20.5.05)
- Siemens VDO will im Werk Würzburg 750 Stellen streichen (Die Welt 22.4.05)
- Trotz Stahlbooms rechnet die deutsche Stahlindustrie mit einem Abbau von etwa 1.300 Beschäftigten bis nächstes Jahr. (FR 6.4.05)

## **Aufdrähl-Quiz**

**Von wem stammt dieser Ausspruch?**

„Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem einzuführen, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In einer solchen Gesellschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft, und ihr Gebrauch wird geplant.“

- A** Franz Müntefering
- B** Karl Marx
- C** Erich Honnecker
- D** Albert Einstein

Auflösung auf Seite 8

TRADITIONSTREFFEN DER GEBIRGSJÄGER

## **Mittenwald, die Mörder sind unter uns!**

**P**fingsten 2005: Mittenwald im Belagerungszustand! Alle Zufahrtsstraßen sind von der Polizei abgeriegelt, Hundertschaften liegen in Bereitschaft, Autos werden einzeln kontrolliert.

Die Touristen wundern sich. Jährlich trifft sich an diesem schönen Ort zwischen Karwendel und Wetterstein die Kameradschaft der Gebirgstruppe. Unter den alten Kameraden: Räuber und Kindermörder. Sie zogen vor über 60 Jahren plündernd durch ganz Europa, legten Dörfer in Schutt und Asche, brachten deren Einwohner um, vom Kind bis zum Greis, ausnahmslos, alle.

Wird die Polizei diese Verbrecher endlich schnappen?

Nicht doch, wir leben in Bayern. Der Polizeieinsatz gilt denen, die an die Verbrechen erinnern wollen, die die Bestrafung der Täter und die Entschädigung der Opfer verlangen, die fordern, daß der Kameradschaftskreis sich endlich von diesen Verbrechern trennt.

Für die Polizei (oder besser gesagt deren politische Führung) sind die, die Aufklärung und Sühne verlangen, der Feind. Die Polizei schreckt daher nicht mal davor zurück einen Gedenkgottesdienst für die Opfer durch Verhaftungen zu stören. (Das



## NAZIS AM MARIENPLATZ

# Nützliche Hilfstruppen

Viele Menschen, die sich am 8. Mai auf dem Marienplatz gegen die „Mahnwache“ der Nazis versammelt hatten, stellten sich die Frage: „Warum wird das nicht verboten, warum werden die nicht abgeräumt?“ Erst einige Tage vorher waren einige der Banditen wegen Vorbereitung eines Bombenanschlags verurteilt worden. Vor den Fenstern des Oberbürgermeisters konnten sie nun, von doppeltem Polizeiring geschützt (siehe Foto) ihre Hetzparolen gröheln. Ein eigener U-Bahnaufgang war für die Nazis freigehalten worden. Die Polizei machte offensichtlich mehr, als das „Versammlungsrecht“ zu schützen, sie bot dem braunen Spektakel eine Bühne.

Die Nazis werden als nützliche Hilfstruppe benutzt. Als sie 1991/92 Asylunterkünfte in Brand steckten, wurde nicht der braune Sumpf trocken gelegt, sondern im parteiübergreifenden Konsens von CDU/CSU und SPD wurde das Grundgesetz geändert. Das Grundrecht auf Asyl wurde ausgehebelt. „Ausländer-raus-Politik“ wurde zur offiziellen Staatspraxis.

Der eigentliche Skandal ist das Zusammenspiel zwischen Staatsorganen und den Nazis. Die Polizeiführung setzt alles daran, Naziaufmärsche und Nazipropaganda zu ermöglichen. Die bayerische Justiz hebt regelmäßig die Verbote durch die Stadtverwaltung auf. Aufrufe zur Zivilcourage, also sich dem Nazigesindel entgegenzustellen,

Fortsetzung von Seite 3

### Sklavenarbeit bei Agfa und BMW von Wolfratshausen.

Das Außenlager Allach wurde Anfang 1943 für die Firma BMW eingerichtet. Die rund 5.000 Häftlinge kamen aus insgesamt 18 Nationen, vor allem aber aus der Sowjetunion und Frankreich. Sie mussten Flugzeugmotoren herstellen und unter katastrophalen Arbeitsbedingungen Bauarbeiten durchführen. Unter SS-Lagerführer Jarolin (1943–1945) waren Arrest, Prügel, Exekutionen und willkürliche Morde an der Tagesordnung. Das Lager bestand zunächst aus dem so genannten SS-Arbeitslager Allach. 1944 kam das Lager Karlsfeld dazu, für etwa 1.000 jüdische Häftlinge, die vorwiegend beim Bau eines Produktionsbunkers eingesetzt wurden. Im April 1945 wurde ein Lager für rund 1.000 jüdische Frauen in einem abgetrennten Teil eingerichtet. Tote und Arbeitsunfähige wurden regelmäßig ins Stammlager Dachau gebracht. Im April 1945 stieg die Zahl der Häftlinge durch Evakuierungstransporte aus anderen Außenlagern auf über 10.000 an.

(Quelle: Katalog zur Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Dachau)

werden strafrechtlich verfolgt.

Polizei, Justiz und Nazis leisten so, jeder in seiner Rolle, all jenen Vorschub, die die Achse der Politik weiter nach rechts verschieben wollen.

Doch es bleibt dabei: Es gibt kein Recht auf Nazi-propaganda! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! *krrn*

begangene Verbrechen: Verstoß gegen das Vermummungsverbot. Das tragen von Sonnenbrille in Kombination mit Mütze ist verboten! Wenns nicht so traurig wäre, müsste man lachen.)

Warum nach 60 Jahren immer noch diese geradezu allergische Reaktion, wenn aufgeklärt wird über den vergangenen Krieg.

Die Antwort ist einfach.

Weil schon wieder deutsche Soldaten in alle Herren Länder verschickt werden (und größere Einsätze sind geplant), weil Denken und Information für die Kriegstreiber geradezu Wehrkraftzersetzung sind, weil wir, die wir die Zeche zahlen müssen, ihren Lügen glauben sollen: Für König und Vaterland, für Volk und Führer, für unsere Sicherheit (Verteidigungsminister Struck 2002: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“).

Versalze ihnen die Suppe, informiere dich, glaub nicht jeden Scheiß, bloß weil er von oben kommt. Es lohnt sich, und sei es nur wegen deiner Kinder.

Eidesstattliche Aussage des Gebirgsjäger August S., beteiligt am Massaker in Kommeno, einem Dorf in Nordgriechenland, 16.8.1943:

„So habe ich selbst gesehen, wie einige Soldaten den weiblichen Leichen Bierflaschen in den Geschlechtsteil einführten. Ich glaube, ich habe auch Leichen gesehen, denen die Augen ausgestochen waren. Wenn ich gefragt werde, ob es den Tatsachen entspricht, daß Kinder in der Weise verbrannt wurden, daß ihnen mit Benzin getränkte Watte in die Mäuler gestopft und die Watte dann angezündet worden ist, dann gebe ich an, daß ich tatsächlich Kinder gesehen habe (Leichen), die in der Gesichtsgegend um den Mund schreckliche Brandwunden aufwiesen.“

## 240.000 Euro Jahresmiete für 50 Quadratmeter

Das ist der Preis für eine Loge in der neuen Fröttmaninger Fußballschüssel, direkt an der Mittellinie. Dort hat die **Allianz** drei am Stück, aber gleich daneben können die **Siemens-Bosse** ihren Kaviar verdrücken. Die **Infineon-Manager** können auf der Höhe des Strafraums mit Sekt anstoßen. Oder den Nachbarn von **MAN** zuprosten, wo auch manches Lachsbrötchen runter-rutschen wird.

Hier werden also Deals gemacht und Entlassungen besprochen, manchmal auch Fußball geguckt. Wie auch immer illuminiert, wir wünschen einen frohen Kurzschluss. *krrn*

Fortsetzung von Seite 1

ZUR GEPLANTEN VERFASSUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

## Annahme oder Scheitern - eine Schicksalsfrage?

die in den vorderen Rängen der Weltliga mitspielen - ausgenommen der Ölmonopole. Da waren die deutschen Kapitalisten schon immer hinten nach, was sie bis heute wurmt.

Dieses Gewicht haben die Vertreter der BRD in die Waagschale geworfen, um überhaupt so etwas wie eine Verfassung zu erzwingen. Wichtig war ihnen dabei, das Veto-Recht der Regierungen in der EU weiter abzuschaffen zu Gunsten des Mehrheitsprinzips. „Handlungsunfähig“ sei die EU, solange jeder Staat einer zu vereinbarenden Regelung zustimmen müsse, bevor sie in Kraft treten könne, so die Argumentation. Es ging und geht also darum, die Souveränität anderer Staaten auszuhöhlen, in der Hoffnung, durch eigene Größe und aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit kleinerer Staaten die Mehrheiten für deutsche Interessen zu erreichen.

### Der alte Traum

Doch nicht nur die aktuelle Größe und Macht wurden dabei in die Waagschale geworfen. Bei all den Auseinandersetzungen um die weitere Gestalt der Europäischen Union spielen auch die geschichtlichen Erfahrungen mit diesem von den Monopolen beherrschten Deutschland eine Rolle. Schließlich ist der Traum von einem Europa unter deutscher Vorherrschaft so alt wie Siemens, Deutsche Bank, Thyssen usw. Er führte zu zwei Weltkriegen und zum deutschen Faschismus. Die unterschwelligen Drohungen, die in den Reden von Krieg und Frieden mitschwingen, werden von den Politikern anderer EU-Staaten durchaus verstanden. So erklärte ein britischer Abgeordneter der Konservativen zu Beginn der Verfassungsdiskussion: „Wenn man einen deutschen Vorschlag anschaut, wonach eine europäische Verfassung geschaffen würde, unter der Großbritannien regiert würde, dann wäre es doch absurd, nicht zu denken, dass Deutschland, auch wenn es jetzt friedfertig ist, durch verfassungsmäßige und politische Mittel jene Art von Dominanz über Europa zu erreichen versucht, die deutsche Politiker 200 Jahre lang zu erreichen versucht haben“ (SZ 15.5.01)

Nach jahrelangem Feilschen, Drohen und Kämpfen haben sich die Regierungsvertreter schließlich auf vorliegenden Verfassungsentwurf geeinigt. Die deutschen Politiker konnten sich dabei durchaus nicht in allen Punkten durchsetzen - so sollen z.B. Fragen der Außen- oder Steuerpolitik der EU großenteils weiterhin nur einstimmig entschieden werden können. Doch sie haben mit dieser Verfassung erreicht, dass die Souveränität der EU-Staa-



ten in vielen Punkten stark eingeschränkt wird. Den Nutzen daraus ziehen die jeweils mächtigsten Staaten, v.a. Deutschland. Das erklärt die Nervosität der Herrschaften hierzulande angesichts des drohenden Scheiterns der Verfassung.

### Eine Verfassung im Interesse des Kapitals, nicht der Arbeiter

Es ist nicht verwunderlich, wenn die Verfassung für alle Staaten der EU die „offene Marktwirtschaft“ und „den freien Wettbewerb“, also den Kapitalismus, möglichst für alle Zeiten als gesellschaftliche Grundlage festschreibt. Was soll auch anderes dabei herauskommen, wenn Regierungen wie die der BRD verhandeln, die das Wohl der Gesellschaft am Wohl der Banken und Konzerne messen? Mit dem Argument, diesem Wettbewerb standhalten zu müssen, werden Regierung und Konzerne hier weiterhin den Druck auf Löhne, Arbeitszeiten und Sozialleistungen begründen - und dabei auf Brüssel und die Verfassung verweisen. In Wirklichkeit geht es darum, die längst stattfindende ökonomische Expansion im Kampf um Vorherrschaft v.a. der deutschen Banken und Konzerne in der gesamten EU rechtlich abzusichern und über die EU ganz legal in die anderen Länder entsprechend hinein zu regieren. Und jede staatliche Unterstützung von Konzernen kann dann als Wettbewerbsverzerrung angeprangert werden, wenn es der Konkurrenz nicht in den Kram passt - wiederum im Interesse der mächtigsten Konzerne.

### Aufrüstung mit Verfassungsrang

Doch nicht nur die rechtlichen Voraussetzungen für die ökonomische Expansion sollen festgeschrieben werden. Diese soll im „größten Friedensprojekt“ auch militärisch abgesichert werden können.

Militärische Aktionen der EU unabhängig von den USA sind das Ziel. So wird z.B. in dieser Verfassung jeder EU-Staat zur ständigen Aufrüstung verpflichtet.

Dass diese Aufrüstung den größten Rüstungsmonopolen in der EU wie z.B. EADS zu Gute kommt und nicht etwa der Konkurrenz aus den USA, dafür sorgt dann die inzwischen ins Leben gerufene Agentur für Rüstung und Verteidigung.

Es gibt also keinen Grund für Arbeiter traurig zu sein, wenn diese Verfassung in anderen Ländern abgelehnt wird oder gar endgültig scheitert. Doch es muss auch klar sein: auch ohne diese Verfassung wird der Traum der deutschen Monopole nach einem Europa unter deutscher Vorherrschaft nicht ausgeträumt sein. Ihm eine Ende zu bereiten ist vor allem unsere Aufgabe. gr

## AufDraht-Quiz

### Auflösung:

- A** Falsch. Er kritisiert das Übel Kapitalismus, ohne das Wort Sozialismus in den Mund zu nehmen.
- B** Respekt. Er war sicher der Vordenker.
- C** Falsch.
- D** Richtig. Albert Einstein in seinem Aufsatz von 1949 „Why Socialism?“ (Warum Sozialismus?). Obwohl er im „Einstein-Jahr“ als größter Geist des 20. Jahrhunderts gepriesen wird, findet man nirgends einen Hinweis auf sein gesellschaftspolitisches Engagement. Dafür wurde er, der vor den Nazis fliehen musste, in den USA mit Ausweisung bedroht.